

# Revolutio ex nihilo? Zur methodologischen Kritik des soziologischen Modells „spontaner Kooperation“ und zur Erklärung der Revolution von 1989 in der DDR

OLIVER KLOSS

---

I.	Revolutio ex nihilo?.....	363
II.	Karl-Dieter Opps empirische Bezüge für das soziologische Modell „spontaner Kooperation“ ...	364
III.	Der allgemeine Erklärungsansatz: die Perspektive der Ressourcen-Mobilisierung .....	366
IV.	Kritik an Karl-Dieter Opps dogmatischem Irrelevanz-Postulat angesichts des organisierten Widerstandes .....	366
V.	Methodologische Kritik des Modells „spontaner Kooperation“ .....	368
VI.	Die Prognose-Untauglichkeit des Modells „spontaner Kooperation“ .....	371
VII.	Detlef Pollacks soziologische Konzeption von DDR-Opposition.....	373
VIII.	Zum Austausch zwischen Ausreise-Bewegung und subversiven Gruppen in Leipzig .....	377
IX.	Weder Wunder noch Zufall.....	379

[Ergänzende Anhänge in dieser Datei auf den Seiten A bis F]

---



In:

**Heiner Timmermann (Hrsg.):**

**Agenda DDR-Forschung.**

**Ergebnisse, Probleme, Kontroversen. 2005**

Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen. Band 112, LIT Verlag, Münster, ISBN 3-8258-6909-1, S. 363-379.

# Revolutio ex nihilo? Zur methodologischen Kritik des soziologischen Modells „spontaner Kooperation“ und zur Erklärung der Revolution von 1989 in der DDR

OLIVER KLOSS

---

*„In manchen Ländern hat man angestrebt, daß es einem Bürger nicht gestattet ist, die Gegend, in der er zufällig geboren ist, zu verlassen. Der Sinn dieses Gesetzes liegt auf der Hand: »Dieses Land ist so schlecht und wird so schlecht regiert, daß wir jedem verbieten, es zu verlassen, weil es sonst die ganze Bevölkerung verlassen würde.«”<sup>822</sup>*

Voltaire (1694–1778)

## I. Revolutio ex nihilo?

Bereits 1993 legte der Soziologe Karl-Dieter Opp gemeinsam mit Peter Voß, sich empirisch auf eine repräsentative Befragung Leipziger Bürger stützend, einen „erste[n] umfassende[n] Versuch, die Revolution in der DDR zu erklären“<sup>823</sup>, vor.

Die diese Untersuchung leitenden Fragestellungen angesichts des Gegenstandes reflektierend, wird im Folgenden in methodenkritischer Absicht die genealogische Rekonstruktion des theoretischen Modells „spontaner Kooperation“ unternommen. Dabei lassen sich sowohl theorieimmanente methodologische Inkonsistenzen aufzeigen wie wissenschaftstheoretische Einwände gegen die makrosoziologische Anwendung des Modells erheben. An Opps Konzeption wird nicht nur die Frage gestellt, ob sie untauglich ist, mittels „spontaner Kooperation“ die Verursachung einer Aktion in der Dimension einer Revolution hinreichend erklären zu können.

---

[Dieser 2002 verfasste und 2005 veröffentlichte Beitrag wurde am 8. November 2002 in der Europäischen Akademie Otzenhausen im Rahmen der Internationalen DDR-Forschartagung „Agenda Deutschland – Forschungsergebnisse, Forschungsprobleme und Forschungskontroversen“ vorgetragen.]

<sup>822</sup> Voltaire: Abbé Beichtkind Cartesianer. Philosophisches Wörterbuch, Artikel „Gleichheit“, Reclam, Leipzig, 1984, S. 173.

<sup>823</sup> Opp, Karl-Dieter/ Voß, Peter/ Mitarbeit von Christiane Gern: Die volkseigene Revolution. Klett-Cotta, Stuttgart, 1993, S. 13. – Opp variiert dieses Thema in einigen Beiträgen, deren im Folgenden nur zwei, ein Vorab-Bericht und eine Zusammenfassung, herangezogen werden: Opp, Karl-Dieter: „Wie erklärt man die Revolution in der DDR?“, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Heft 1 (1992), 5. Jg., S. 16–23 sowie ders.: „DDR `89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution“, in: Joas, Hans/ Kohli, Martin (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1993, S. 194–221.

Überdies soll deutlich werden, dass die makrosoziologische Anwendung des Modells generell keinen Erkenntnisgewinn bieten kann. Hernach wird das Modell „*spontaner Kooperation*“ im Werke Detlef Pollacks auf seine Differenz zu Opps Konzept befragt.

Das Verhältnis der DDR-Opposition zur Ausreisebewegung – zuweilen als gestört beschrieben – kann zumindest am Beispiel der Leipziger Gruppen mittels der Austausch-Theorie erklärt werden. Eine der Ursachen, weshalb Leipzig 1989 zur bedeutsamsten Stadt aufstieg, darf in diesem Zusammenwirken gesehen werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Effektivität der den Staatssozialismus delegitimierenden Strategie subversiver Gruppen angesichts deren geringer Ressourcen-Ausstattung zu verstehen.

## II. Karl-Dieter Opps empirische Bezüge für das soziologische Modell „*spontaner Kooperation*“

Der empirische Bezug für die Modellbildung liegt mit der Auswertung einer repräsentativen mündlichen Befragung von 1.300 Leipziger Bürgern, die Ende 1990 – etwa dreizehn Monate nach der entscheidenden Demonstration vom 9. Oktober 1989 und nach vollzogener staatlicher Einheit beginnend – durchgeführt worden ist, vor.<sup>824</sup> Überdies wurden neunzehn qualitative Interviews geführt, deren Aussagen nicht generalisierbar sind, und eine Extremgruppenstichprobe unter oppositionellen Personen erhoben.

Doch der empirische Aufwand zeitigte ein dürftiges Ergebnis: Demnach seien die Demonstrationen im Herbst 1989 spontan entstanden.

Der Begriff „*volkseigene Revolution*“ spielt auf vermeintliche Unbewusstheit oder Unorganisiertheit an. Gemeinhin wird bei Annahme solcher Prozesse von „*Revolte*“ gesprochen, doch Opp wählt den Revolutionsbegriff, weil eine „*Änderung der gesamten Gesellschaftsordnung, die nicht durch politische Wahlen zustande gekommen ist*“<sup>825</sup>, vorliegt. Letztlich ist Opp der Begriff aber gleichgültig, wer eine „*andere Definition*“ vorzieht, braucht lediglich immer dann, wenn die Rede auf „*Revolution*“ kommt, „*sein bevorzugtes Wort einzusetzen*“.<sup>826</sup>

---

<sup>824</sup> Eine statistisch aufschlussreiche Darstellung der Untersuchung, zur Repräsentativität der Stichprobe und zur Konstruktion der Skalen bietet Christiane Gern im Anhang: Opp, Karl-Dieter/ Voß, Peter/ Mitarbeit von Gern, Christiane: Die volkseigene Revolution, a. a. O., S. 334–356.

<sup>825</sup> Opp, Karl-Dieter/ Voß, Peter/ Mitarbeit von Gern, Christiane: Die volkseigene Revolution, a. a. O., S. 59.

<sup>826</sup> Ebenda, S. 60.

Diese eigentümliche Unbestimmtheit im Umgang mit Material, das dem Erklärungsmodell zugleich als Beleg dienen soll, fällt schon in den ersten Kapiteln des Werkes *„Die volkseigene Revolution“* auf. Es lohnt der gebotenen Kürze wegen nicht, näher der müßigen Frage nachzugehen, welche Relevanz für die Beurteilung der DDR-Opposition z. B. Aussagen von Professor Bernd Okun oder Günter Schabowski haben könnten. Der selektive Gebrauch von Zitaten erfüllt offensichtlich nur den Zweck, dem theoretischen Modell Bestätigung zu verleihen und es gegen Kritik zu immunisieren. Die gleiche suggestive Funktion erfüllt der kurze Abriss über DDR-Geschichte.

Zu den Arbeitern des 17. Juni 1953 bemerkt der Zweitautor Peter Voß, ein aus der DDR stammender Soziologe, lapidar: *„Russische Panzer belehrten sie, daß sie nicht in einer Demokratie, sondern in einer Parteidiktatur lebten.“*<sup>827</sup> Danach wird *„jahrzehntelanges Fehlen einer Opposition“* behauptet. Zugleich wird konstatiert, zwischen 1953 und 1989 sei *„kein völlig protestfreier Raum“*, aber *„dieser Widerstand fand nicht in der Öffentlichkeit statt“*.<sup>878</sup>

Einige Ereignisse finden durchaus Beachtung, so die *„Schlacht auf dem Leuschnerplatz“*, eine Rockmusik-Demo von 1965, oder Demonstrationen anlässlich der Sprengung der Universitätskirche in Leipzig 1968. Die größte Massenveranstaltung der systemkritischen DDR-Friedensbewegung, der *„13. Februar 1982“*, kann geflissentlich übergangen werden, denn sie fand in Dresden statt und nicht in Leipzig.

So resümiert der Soziologe: *„Alle Aktionen vor 1988 waren deshalb Einzelaktionen oder die Aktionen vereinzelter kleiner Gruppen.“*<sup>829</sup> Begriffliche Klarheit oder gar Widerspruchsfreiheit sind die Stärken des Buches nicht. Anfangs mag dem Leser verborgen bleiben, worauf das Werk hinaus will und wogegen die Autoren eigentlich polemisieren. Wer wollte je in Abrede stellen, dass in einem Staate ohne Bürgerrechte der aktive Widerstand langfristig Minderheiten vorbehalten bleiben musste?<sup>830</sup>

---

<sup>827</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>878</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>829</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>830</sup> Thomas Rudolph spricht 1990 von ca. 500 Gruppen in der DDR, deren *„im Höchstfall 50“* für politische Initiativen relevant gewesen seien. - Siehe Findeis, Hagen/ Pollack, Detlef/ Schilling, Manuel: Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interviews mit ehemals führenden Vertretern, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig, 1994, S. 198.

### III. Der allgemeine Erklärungsansatz: die Perspektive der Ressourcen-Mobilisierung

Opp ringt mit der Frage: „*Wie kann die Revolution in der DDR erklärt werden?*“<sup>831</sup> Mit der Unzufriedenheits-These genügt sich der Soziologe nicht, ließe sie doch z. B. offen, weshalb die Proteste nicht früher auftraten. Auch die Ausreisewelle oder die Politik Gorbatschows bieten ihm keine ausreichenden Ursachen.

Als allgemeinen Erklärungsansatz politischen Protestes wählt Opp die „*Perspektive der Ressourcen-Mobilisierung*“: „*Die grundlegende Idee dieser Perspektive ist, daß diejenigen Akteure im politischen Prozeß ihre Ziele realisieren, denen es gelingt, in relativ hohem Maße Ressourcen zu mobilisieren, die insbesondere aus der Unterstützung durch gesellschaftliche Gruppen bestehen.*“<sup>832</sup> – In solcher Allgemeinheit ausgedrückt, kann dieser Idee nicht widersprochen werden, worin gerade ihre wissenschaftstheoretische Schwäche liegt.<sup>833</sup> „*Organisation*“ ist die grundlegende Ressource im Spiel um Machtgewinn und Macht ist das Medium der Politik.

Auch das „*Schwellen-Modell*“, das besagt, die Teilnahme-Schwelle für oppositionelle Handlungen wie Demonstrationen sinke im Maße der „*Kosten der Teilnahme*“<sup>834</sup>, also mit steigendem individuellen Nutzen angesichts verminderter Gefahr, ist sehr voraussetzungsarm. Doch laut Opp sei es „*ungeeignet, die Koordination individuellen Handelns zu erklären*“<sup>835</sup>, weil es einen ersten gelungenen Protest je voraussetzt.

### IV. Kritik an Karl-Dieter Opps dogmatischem Irrelevanz-Postulat angesichts des organisierten Widerstandes

Wenngleich Opp keine Zweifel hegt, dass „*für die Entstehung der Proteste in der DDR die evangelische Kirche und Oppositionsgruppen von Bedeutung*“ waren, stellt er doch repetitionsfreudig eine Reihe unhaltbarer Behauptungen auf: „*Das Ansteigen der Proteste kann [...] nicht dadurch erklärt werden, daß es den Bürgern gelang, in steigendem Maße Ressourcen zu mobilisieren. Die Aktivitäten der Kirche und kirchlicher Gruppen haben sich im Laufe des Jahres 1989 nicht*

---

<sup>831</sup> Opp, Karl-Dieter: DDR `89, a. a. O., S. 194.

<sup>832</sup> Ebenda, S. 197.

<sup>833</sup> Dieses Einwandes ist sich Opp durchaus bewusst. Vgl. Opp, Karl-Dieter: „Wie erklärt man die Revolution in der DDR?“, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Heft 1 (1992), 5. Jg., S. 22, Anmerkung 5.

<sup>834</sup> Opp, Karl-Dieter: DDR `89, a. a. O., S. 209.

<sup>835</sup> Ebenda, S. 210.

verändert. *Oppositionsgruppen wie das Neue Forum wurden erst ab August 1989 gegründet und waren nicht in der Lage, die Bürger zur Teilnahme an Demonstrationen zu mobilisieren.*<sup>836</sup>

Allein ein Blick in Fotodokumentationen über den Herbst 1989 oder die Lektüre dereinst in Demonstrationen skandierter Losungen hätte arge Zweifel wecken können, ob das *Neue Forum* – obzwar der Gründungsaufruf erst 9./ 10. September 1989 verabschiedet worden war – nicht doch erstaunlich schnell in der Lage gewesen sei, Bürger für Demonstrationen zu mobilisieren. Die Mindeststeigerung von 5.000 am 25. September auf 400.000 Demonstranten am 6. November 1989 (jeweils nach niedrigster Schätzung<sup>837</sup>) in Leipzig mag bar der mobilisierenden Organisationen auch dem Fernstehenden schwerlich erklärbar sein. Doch wer dies eingestände, fände sich zur Suche nach den organisierten und organisierenden Akteuren genötigt.

Mochte das *Neue Forum* als DDR-weite Organisation erst spät gegründet worden sein, so konnte sich dessen Intention doch auf die in den 80er Jahren herausgebildete stattliche Zahl von kirchlichen, kirchennahen und unabhängigen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen stützen, die mehr oder weniger bewusst und offensiv auf die Delegitimation der sozialistischen Diktatur hingearbeitet hatten. In Leipzig hatte im Sommer 1988 der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* den Sonnabend-Kreis, ein monatliches Treffen von Vertretern solcher Gruppen, Samisdat-Redaktionen, nicht-staatlicher Bibliotheken etc. aus dem Süden der DDR zwecks Koordinierung, Informations- und Material-Austausch organisiert.

Die Behauptung, die Aktivitäten der „*Gruppen haben sich im Laufe des Jahres 1989 nicht verändert*“ lässt sich des schlichten Irrtums überführen, sobald Samisdat-Schriften aus dieser Zeit herangezogen werden. Einen kurzen Überblick zum Wirken der Leipziger Gruppen im Jahre 1988 und bis Anfang 1989 bietet die illegal vervielfältigte kommentierte Dokumentation *Die Mücke*.<sup>838</sup>

Opp bezieht z. B. durchaus die Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 ins Bedingungsgefüge handelnder Individuen ein. Aber die zu stärkerer Mobilisierung stimulierende Feststellung über diese Wahl, dass „*deren Ergebnisse offensichtlich gefälscht waren*“<sup>839</sup>, wäre ohne planvoll organisiertes Handeln in Großstädten mit mehreren Wahlbezirken nicht zu erbringen gewesen. Ohne diesen Nachweis wiederum hätte die Fälschung nicht zu illegalen, aber legalistisch zu rechtfertigenden Demonstrationen ermutigen können.

---

<sup>836</sup> Ebenda.

<sup>837</sup> Vgl. ebenda, S. 195.

<sup>838</sup> Die Mücke. Dokumentation der Ereignisse in Leipzig. Hrsg. von Mitarbeitern der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*. DDR-Samisdat, Leipzig, März 1989.

<sup>839</sup> Opp, Karl-Dieter: DDR '89, a. a. O., S. 194.

Die Vermutung der Fälschung lag bei jeder Wahl in der DDR mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nahe. Ein offenes Geheimnis ist jedoch noch kein Beweis. Erst durch planvoll organisierte Ausnutzung der geringen legalen Möglichkeiten von Kontrolle der Herrschenden konnte auf seiten des Staates der Gesetzesbruch belegt werden. Das Samisdat-Heft *Wahl-Fall* dokumentiert die „*staatsunabhängige Wahlbeobachtung*“ seitens der subversiven Gruppen und ihnen nahestehender Bürgerinnen und Bürger, die zumindest bereit waren, im legalen Bereich dem Staate Illoyalität zu zeigen, ein Recht offensiv wahrzunehmen.

Bereits diese beiden illegal vervielfältigten Publikationen mögen hinreichen, die Haltlosigkeit des Irrelevanz-Postulates angesichts des organisierten Widerstandes zu belegen.<sup>840</sup> Opps Annahmen werden nur vor dem Hintergrund mangelnden Wissens um die Vorgeschichte des Herbstes 1989 verständlich.

## V. Methodologische Kritik des Modells „spontaner Kooperation“

Ohne weiter auf die Zeugnisse des Wirkens subversiver Gruppen einzugehen, soll vorerst generell das soziologische Modell „*spontaner Kooperation*“ einmal nach dem Erkenntnisgewinn befragt werden.

Was veranlasste Opp, dessen vorausliegendes Werk besonders Fragen zur soziologischen Methodik behandelt, ein neues Modell zu konzipieren? – Es ist gerade das Dogma der Irrelevanz organisierten Widerstandes<sup>841</sup>, das den Soziologen in die methodologische Enge führt, einen Erklärungsansatz finden zu müssen, der ohne organisierte Akteure auskommen soll, die Ressourcen hätten mobilisieren können.

Sogar das Mikromobilisierungs-Modell<sup>842</sup> muss demnach, da es immerhin planende Akteure voraussetzt, zugunsten des Irrelevanz-Postulates eliminiert werden.

---

<sup>840</sup> Später wurde auch ein kurzen Überblick zum Wirken der Leipziger Gruppen für das Jahr 1989 zusammengestellt: Rudolph, Thomas u. a.: Leipziger Menschenrechtsgruppen 1989 – Heute vor 10 Jahren. Blätter 1 bis 9, Hrsg. IFM-Archiv Sachsen e.V., Leipzig, 2. und korr. Aufl. 1999.

<sup>841</sup> Vgl. z. B., Opp, Karl-Dieter: DDR `89, a. a. O., S. 197: „*Typisch für die Revolution in der DDR ist [...], daß sich eine zunehmende Anzahl von Bürgern engagierte, ohne Kontakt zu einem Netzwerk Protest unterstützender Organisationen zu haben und obwohl sie einem übermächtigen staatlichen Akteur gegenüberstanden, der in der Vergangenheit alle Bürgerproteste erfolgreich unterdrückt hatte und bei dem alle nur denkbaren externen Ressourcen konzentriert waren.*“; S. 205: „*Politische Unternehmer in Form von Mitgliedern einer Reihe von Oppositionsgruppen existierten zwar, sie waren jedoch, wie bereits gesagt, aufgrund der hohen Kosten der Teilnahme an Protesten nicht in der Lage, auch nur einen Teil der Bevölkerung zu mobilisieren [...].*“

<sup>842</sup> Opp, Karl-Dieter/ Voß, Peter/ Mitarbeit von Christiane Gern: Die volkseigene Revolution, a. a. O., S. 75.

Opp behauptet hartnäckig: *„Es gab, wie gesagt, keine Gruppe oder Instanz, die die Demonstrationen in der DDR geplant hat.“*<sup>843</sup>

Dieses Dogma ist in der die Untersuchung leitenden Fragestellung bereits enthalten: *„Wie war es möglich, daß die Proteste spontan, d. h. ohne Organisation entstanden?“*<sup>844</sup>

Der Soziologe kommt mit diesem Vorurteil – oder hermeneutisch gesagt: mit solchem Vorverständnis – nicht umhin, sich die Quadratur des Kreises aufzubürden: Er muss ein Modell konzipieren, das bar der organisiert planenden Akteure die Verursachung einer Aktion in der Dimension einer Revolution erklärt.

Um den Gordischen Knoten dieser Fragestellung grob zu durchschneiden, lägen in den Archiven der Theoriegeschichte fragwürdige Lösungen bereit. Elias Canettis unheimliche Massenpsychologie der spontan-irrationalen Auflaufmasse, einer vermeintlich *„ebenso rätselhafte[n] wie universelle[n] Erscheinung“*, böte sich an: *„Nichts ist angekündigt, nichts erwartet worden. Plötzlich ist alles schwarz von Menschen.“*<sup>845</sup> Oder die Ethologie ließe sich gebrauchen. Aber auch der soziologisch etablierten Systemtheorie Niklas Luhmanns genügten Menschen, die nicht wissen, was sie tun, sofern sie nicht Systemtheoretiker sind. Der seriös an empirischen Menschen interessierte Soziologe entschlägt sich hingegen der Modell-Angebote, die – wenngleich sattsam üppig – nur von den Analogie-Bildungen zwischen Mensch und Tier bzw. zwischen politischen Staaten und biologischen Staaten zehren.

Opp will zeigen, wie umfassende Bürgerproteste evolutionär hätten unter folgender Annahme entstehen können: *„Sie waren das ungeplante und unvorhergesehene Ergebnis der spontanen Kooperation einer wachsenden Anzahl einzelner Bürger, die sich in ähnlicher Situation befanden, [...] Um Proteste dieser Art erklären zu können, müssen die Ideen der Ressourcenmobilisierungsperspektive erweitert werden: Es muß gezeigt werden, wie sich bei einem gegebenen minimalen Ausmaß von Ressourcen, über die Akteure verfügen, Proteste spontan entwickeln können, ohne daß sich die Ressourcen-Ausstattung der Akteure ändert.“*<sup>846</sup>

Erweitert oder verlässt Opp damit die Ressourcenmobilisierungsperspektive? Er markiert einen Grenzfall: Man muss sich unorganisierte und planlose individuelle

---

<sup>843</sup> Opp, Karl-Dieter: DDR `89, a. a. O., S. 209.

<sup>844</sup> Opp, Karl-Dieter/ Voß, Peter/ Mitarbeit von Christiane Gern: Die volkseigene Revolution, a. a. O., S. 14.

<sup>845</sup> Canetti, Elias: Masse und Macht [1960]. Claassen, Berlin, 1978, S 14. – So mancher strenggläubige SED-Genosse mag den Herbst 1989 aus dieser bedrohlichen Perspektive von Wahrnehmung erlitten haben.

<sup>846</sup> Opp, Karl-Dieter: DDR `89, a. a. O., S. 197.



Akteure vorstellen. Opp will eine Agglomeration homogener Situerter bzw. situativ Homogenisierter zum Ausgangspunkt eines kollektiven Protestes erklären.

Zu den Bedingungen der Möglichkeit „*spontaner Kooperation*“ von Individuen gehört aber zwingend, dass sie mindestens um Ort und Zeitpunkt eines möglichen Zusammentreffens wissen müssen, wo eine kooperative Aktion stattfinden kann. Die Vorstellung einer *Revolutio ex nihilo*, einer Art Urzeugung der Revolution aus dem Nichts, bedarf mindestens der Verortung im Raum-Zeit-Kontinuum.

Opp verortet „den Ausgangspunkt für die Revolution in der DDR“ trefflich „nach den Friedensgebeten, die seit 1982 in der Nikolai-Kirche gehalten wurden“<sup>847</sup>, nimmt also auf eine Institution Bezug, die durch irgendwie geartete organisierten Akteure bereits als weithin bekannt eingeführt worden sein musste.

Um diese Schwachstelle des spontanen Kooperations-Modells zu schließen, begeht Opp den argumentativen Fehler, die anfangs eliminierte Theorie der Mikromobilisierung „in gewissem Ausmaß“<sup>848</sup> nachträglich doch wieder einzuführen.

Tausende müssen bereits um eine Institution wissen, wo ihre Anwesenheit Bedeutsamkeit gewinnt, um dort der Staatsmacht eine kollektive Gegenmacht demonstrieren zu können. Nur im Erfahren wiederholten Zusammentreffens individueller Akteure in jeweils steigender Zahl ereignet sich der evolutionäre Ressourcen-Zuwachs im Sinne der Schwellen-Theorie. Für Opp ergäbe sich planvoll organisiertes Handeln freilich sekundär infolge spontaner Koordination.

Hierin zeigt sich die Schwäche: Opps Makrosoziologie ist mikrofundiert, d. h. aus Modellen der Mikrosoziologie wird die Makrosoziologie aufgebaut, bisweilen werden – wie im Falle des Modells „*spontaner Kooperation*“ – mikrosoziologische Modelle schlicht ins Makro-Format übersetzt.<sup>849</sup> Mag die „*spontane Koordination*“ sprachvermittelt unter drei Menschen leicht möglich sein, ist sie schon unter dreitausend direkt nicht mehr zu leisten.

Unter der Annahme annähernd gesättigter physischer Bedürfnisse – also von Revolten aus Gründen physischen Schmerzes wie Hunger etc. absehend<sup>850</sup> – gilt:

---

<sup>847</sup> Ebenda, S. 195.

<sup>848</sup> Ebenda, S. 213; vgl. auch S. 212, z. B.: „Die Information hatte sich durch persönliche Kommunikation, aber auch aufgrund von Berichten in den westlichen und östlichen Medien verbreitet.“

<sup>849</sup> Opps soziologischer Ansatz teilt die Entscheidungshypothesen der ökonomischen Schule der Neoklassik, die zusammengenommen die Mikrofundierung neoklassischer Makromodelle ausmachen. Neukeynesianer akzeptieren grundsätzlich – z. B. im Gegensatz zu Postkeynesianern – die Mikrofundierung. Neoklassik und Neukeynesianismus halten sich die „Sparsamkeit“ der Hypothesen gegenüber alternativen Theorieschulen zugute.

<sup>850</sup> Auch die Gefängnisrevolte verlangt ein Mindestmaß an Kommunikation, die durch räumliche Nähe begünstigt ist, während die Wärter extra muros wohnen. Auch dieses Modell lässt sich nicht auf die Makrosituation eines Staates mit geschlossenen Grenzen übertragen. Die mikrofundierte Übertragung der Mauer-Metaphorik ins Makro-Format verlöre aus dem Blick, dass die Staatsinsassen gerade nicht durch räumliche Nähe zu Kommunikation befähigt sind, während die Nomenklatura durchaus um Legitimation bemüht sein muss, da sie sich nur aus den Insassen selbst reproduzieren kann.

Während wenige einzelne Akteure anhand ähnlicher Situationsanalyse sich durchaus nahezu spontan zusammenfinden können, um in direkter Diskussion ein gemeinsames Interesse zu artikulieren, sinkt die Wahrscheinlichkeit des Auftretens uninformativer „spontaner Kooperation“ im Maße der wachsenden Anzahl der Beteiligten.

Methodologisch optiert Opp zugunsten einer Variante des Rational-Choice-Ansatzes: *„Grundlage ist eine Theorie, die die individuellen Entscheidungen der Akteure unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen Situation erklärt. Eine solche Theorie ist die Wert-Erwartungstheorie, eine Version des Modells rationalen Handelns, [...]“*<sup>851</sup> Die bekannten globalen bis lokalen Bedingungen ordnet Opp anhand dieser Theorie allgemein nach handlungsrelevanten positiven und negativen sozialen Anreizen, um den Verlauf der Revolution zu deuten. Der Begriff „Anreiz“ erweist sich überaus offen auch für einander widersprechende Interpretationen, je nach impliziter Bedürfnis-Präferenz.

Der argumentative Zirkel wird geschlossen, indem sich Opp das dogmatische Vorverständnis, welches die Fragestellung bereits implizierte, durch eine logisch inkohärente Modell-Konzeption zu bestätigen vermocht hat.

Von Anbeginn der Untersuchung wurde behauptet: *„Die Massen gingen spontan auf die Straße.“* Das Netzwerk subversiver Gruppen habe *„die Bürgerbewegung weder eingeleitet noch geführt.“*<sup>852</sup> Es fehlte anfangs nur ein Modell für individuelle Spontaneität, die Massenbewegungen generiert.

## **VI. Die Prognose-Untauglichkeit des Modells „spontaner Kooperation“**

Welchen wissenschaftstheoretischen Wert besitzt letztlich die gewonnene mystisch-telepathisch anmutende Behauptung Opps:

*„Gleichförmiges Verhalten einer großen Anzahl von Personen kommt oft dadurch zustande, daß diese Personen weitgehend isoliert voneinander gleiche Entscheidungen treffen, weil sie sich in einer gleichartigen Situation befanden. Es kommt zu einer stillschweigenden Koordination des Verhaltens, ohne daß eine Verabredung erforderlich ist.“*<sup>853</sup>

---

<sup>851</sup> Opp, Karl-Dieter: DDR `89, a. a. O., S. 197 f.

<sup>852</sup> Opp, Karl-Dieter/ Voß, Peter/ Mitarbeit von Christiane Gern: Die volkseigene Revolution, a. a. O., S. 33.

<sup>853</sup> Ebenda, S. 77.

Wodurch weiß sich der Theoretiker bereichert angesichts eines so aufwendig wiederholungsreich wie inkonsequent ausgeführten Modells, das einzig dem Zweck geschuldet scheint, die Wirkung der unbestritten existenten subversiven Gruppen zu umgehen?

Besitzt Opps Modell einen höheren Grad an Plausibilität als die Annahme, dass den subversiven Gruppen mit relativ geringen materiellen Ressourcen unter aktiver Nutzung westlicher Medien ein Mobilisierungserfolg gelang, der – wenngleich schneller als erwartet, denn im Wechselspiel mit protest-provozierenden Entscheidungen der Staatsführung<sup>854</sup> – zum Erfolg geführt hat?

Opps wissenschaftliches Ansinnen besteht erklärtermaßen *„darin, aus Theorien Vorhersagen abzuleiten und die anschließend an der Wirklichkeit zu überprüfen“*.

Öffentlich rügte er 1999 in der LVZ, *„die deutsche Soziologie sei eine Ansammlung von »Wortmusikern, die Sprechblasen absondern und sich nicht den Hauch darum kümmern, ob das, was sie behaupten, auch zutrifft«*.<sup>855</sup> An von Ulrich Beck, Jürgen Habermas oder Niklas Luhmann vertretener Soziologie kritisierte Opp, dass sie *„wenig zum Erkenntnisfortschritt der Soziologie beitrage“*.<sup>855</sup> – Darüber zu urteilen, ist hier nicht der Raum. In Frage steht, ob das Modell des Soziologen Karl-Dieter Opp dem selbst erhobenen Anspruch genügen kann?

Opp gelten die Bürgerproteste als das *„ungeplante und unvorhergesehene Ergebnis der spontanen Kooperation einer wachsenden Anzahl einzelner Bürger“*. Da das Modell nur zeigt, *„wie sich bei einem gegebenen minimalen Ausmaß von Ressourcen, über die Akteure verfügen, Proteste spontan entwickeln können, ohne daß sich die Ressourcen-Ausstattung der Akteure ändert“*<sup>856</sup>, ließe sich in anderen Fällen nicht einmal anhand veränderter Ressourcen-Ausstattung eine Vorhersage wagen.

Die ohne akute physische Not auftretende stillschweigende *„spontane Koordination“* kommt im makrosoziologischen Bereich einem Wunder gleich. Zwar lehrt auch – wenn die Analogie eingedenk der kurzen Lebensfrist von Menschen auch unsinnig erscheinen mag – die statistische Physik, dass vermeintliche Wunder im Sinne makrokosmischer Spontanreaktionen nicht gänzlich auszuschließen sind,

---

<sup>854</sup> Zum Beispiel war die sofortige Solidarisierung der DDR-Regierung mit dem Staatsterror in China nicht mit Gewissheit vorhersehbar, doch sie konnte bald darauf vom *Arbeitskreis Gerechtigkeit* zur Politisierung der Abschlussveranstaltung des Kirchentages effektiv genutzt werden. Das Plakat mit den chinesischen Schriftzeichen für „Demokratie“ wies den Teilnehmern den Weg in Richtung Innenstadt und führte den Demonstrationszug an.

<sup>855</sup> Klein, Michael: „Soziologe Opp bläst Wortmusikern des Fachs den Marsch“, in: Leipziger Volkszeitung (LVZ), Leipzig, 19. März 1999.

<sup>856</sup> Opp, Karl-Dieter: DDR '89, a. a. O., S. 197 (Hervorhebung von K.-D. Opp).

doch ist deren Wahrscheinlichkeit so gering, dass kosmische Zeitmaße als Bedingung ihres Auftretens anzusetzen sind.

Das Modell „*spontaner Koordination*“ mit Revolutionsfolge mag Regierenden den Eindruck einer allgemeinen Verunsicherung und Regierten in Diktaturen eine Hoffnung gönnen. Die Möglichkeit der Prognose solcher Ereignisse schenkt es nicht.

Wunder und Zufall heißen die leichten Wege zu Erklärungen, die für die Zukunft keinen Erkenntniszuwachs gönnen. Opp akzeptiert die Prognosefähigkeit eines Theorieansatzes als Kriterium für dessen Wissenschaftlichkeit. Gemessen an solchem Anspruch lassen sich auch dem Modell „*spontaner Kooperation*“ mit Revolutionsfolge weder Prognose-Tauglichkeit noch Erkenntnisfortschritt bescheinigen.

## VII. Detlef Pollacks soziologische Konzeption von DDR-Opposition

Detlef Pollack, der im Unterschied zum inzwischen emeritierten Karl-Dieter Opp bereits vor 1989 in Ostdeutschland gelebt und als Theologe an der Karl-Marx-Universität gewirkt hat, interessiert sich seit 1990 ebenfalls rege für die DDR-Opposition. Sein methodischer Ansatz ist die Systemtheorie.

Gleich Opp glaubt Pollack an die „*spontane Koordination*“<sup>857</sup>. Dieses Credo führt ihn noch im Werk „*Politischer Protest*“<sup>858</sup> aus dem Jahre 2000 zur rhetorischen Frage, ob die DDR-Oppositionellen 1989 Antreiber oder Angetriebene gewesen seien. Nach Pollacks Urteil lief „*das oppositionelle Handeln den Veränderungsprozessen hoffnungslos hinterher*“.

Ebenso wie Opp lehrt Pollack, der Massenprotest habe sich „*fast ohne Zutun der Oppositionellen*“ ereignet. – Immerhin, der einstige Leipziger weiß um oppositionelle Gruppen vor dem August 1989, hat er doch einen Band mit Interviews mit herausgegeben<sup>859</sup>, nur seien die Oppositionellen eben die Nachzügler und nicht die Avantgarde der Massenbewegung gewesen. Wie das?

Durch Umkehr: „*Die Bewegung des Protestes ging eben nicht – wie heute vielfach angenommen – von den Oppositionsgruppen aus. Umgekehrt: Die Oppositionsgruppen wurden von den demonstrierenden Massen an die Spitze des Protestes geschoben und damit zum Symbol des sich auf der Straße*

---

<sup>857</sup> Es sei dahingestellt wer, Pollack oder Opp, zuerst die spontane Kooperation als Erklärungsmodell entworfen hat. Die Umkehr-Hypothese stellt Pollack schon früh auf. Vgl. z. B. Opp, Karl-Dieter/ Voß, Peter/ Mitarbeit von Christiane Gern: Die volkseigene Revolution, a. a. O., S. 33.

<sup>858</sup> Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Leske+Budrich, Opladen, 2000.

<sup>859</sup> Vgl. Findeis, Hagen/ Pollack, Detlef/ Schilling, Manuel: Die Entzauberung des Politischen, a. a. O.

formierenden Widerstandes gemacht. Anders als bei den Unruhen 1956 in Ungarn oder 1968 zum Prager Frühling in der Tschechoslowakei besaß der Protest der Massen in der DDR keinen intellektuellen und organisatorischen Vorlauf, sondern entwickelte sich spontan.<sup>860</sup> – Pollack überbietet Opp, sofern Wunder steigerungsfähig sind. Die Rufe der Demonstranten „Schließt euch an!“ muss man sich demnach an die trägen Oppositionellen gerichtet vorstellen, denn es war der Platz an der Spitze gar zu leer?

Pollack vermag auch mit der Vorstellung zu verblüffen, die westliche Demokratie sei den meisten Gruppen kaum weniger suspekt als die sozialistische Diktatur gewesen. Ihre Ideale wären dem „dritten Weg“ zwischen den beiden Systemen unter der Flagge des Sozialismus verpflichtet gewesen.

Eine solche reformsozialistische Ausrichtung politischen Wollens will Pollack aber nicht kritisieren, denn seiner Meinung nach seien die Überwindung des Sozialismus und die Einführung der Demokratie dereinst ohnehin unrealistisch gewesen. Daher sei es DDR-Oppositionellen nicht zu verdenken, dass sie in geistiger Hinsicht bezüglich des Sozialismus-Begriffes und der Frage der Einheit den Herrschenden näher als viele Bürger gestanden hätten.

Was verleitet Pollack zu dergestalt wunderlichen Einschätzungen? Worin gründet das perfide Lob voll des verständigen Missverstehens? Wäre ein „dritter Weg“ realistischer gewesen? Hatte nicht die *Charta 77* bereits die Menschenrechte thematisiert, nachdem die Reformsozialisten im Prager Frühling den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ als Ziel formuliert und damit so deutlich als strategisch möglich gesagt hatten, welches Antlitz ihm eigen sei?

Fraglos genoss das Werk Rudolf Bahros Ende der 70er Jahre großen Einfluss unter dissidenten Kräften in der DDR. Bahro verstand sich erklärtermaßen als Reformator des Kommunismus gegenüber dem sogenannten „katholischen Parteiapparat“.<sup>861</sup>

Was Nietzsche im Vergleich zu den Humanisten über Luther feststellt, dieser sei des Mittelalters noch nicht überdrüssig gewesen, trifft mutatis mutandis auf Bahro zu. Er wusste sich in einer Krisenzeit und war des Kommunismus noch nicht überdrüssig, suchte aber den Ausweg im Neuanfang eines „Bundes der Kommunisten“. Bahro war ein Ketzer und als solcher kehrte er die Legitimationsideologie gegen die herrschende Staatsklasse.

---

<sup>860</sup> Pollack, Detlef: „Bedingungen der Möglichkeit politischen Protestes in der DDR. Der Volksaufstand von 1953 und die Massendemonstrationen 1989 im Vergleich“, in: Pollack, Detlef/ Rink, Dieter (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989. Campus, Frankfurt am Main/ New York, 1997, S. 303–331, S. 111.

<sup>861</sup> Vgl. Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Verlag Tribüne, Berlin, 1990, S. 412: „Wie Kirchenreformation die christliche, so setzt Parteireformation die kommunistische Gesinnung voraus.“

Aus verinnerlichtem Glauben an den Kommunismus schöpfte Bahro die Kraft zur Gegnerschaft, schulte an Karl August Wittfogel<sup>862</sup> den kritischen Verstand, doch während Wittfogel auch den marxistischen Glauben erkennend zu überwinden vermochte, hat Bahro ihm darin nicht folgen können. Mithin blieb er in seiner Alternativ-Konzeption antiliberal, doch durch seine Analyse ermutigte er auch jene zu Widerstand, die seine Alternative verwarfen. Als Ermutiger ist Bahro kaum zu überschätzen.<sup>863</sup>

Nach dem Prager Frühling leistete die Solidarność in Polen einen weiteren Schritt der Demaskierung des Sozialismus. Der sozialistische Staat antwortete auf die staats-unabhängige Arbeiterbewegung mit der Militärdiktatur. Danach erodierte die Macht der Partei allmählich, aber verlässlich. Weshalb hätte die DDR-Opposition noch Ende der 80er Jahre mehrheitlich reformsozialistisch ausgerichtet gewesen sein sollen, wie sie sich Pollack imaginiert?

Doch – gesetzt, Pollack sei nicht daran gelegen, eine möglichst absurde Karikatur von Opposition zu zeichnen – was spräche dann zugunsten seiner Vorstellungen? Er beginnt in der Rekonstruktion von DDR-Opposition mit den 70er Jahren und auch später gab es durchaus, besonders in Berlin, noch reformsozialistische

---

<sup>862</sup> Vgl. Wittfogel, Karl August: Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Kiepenheuer & Witsch, Köln/ Berlin, 1962. – Rudolf Bahro schrieb die „Alternative“ nach der Lektüre von Wittfogels Werk, das dereinst ungenannt blieb und erst im Nachwort der ersten ostdeutschen Ausgabe Würdigung findet. Vgl. Bahro, Rudolf: „Nachwort 1989/ 90“, in: ders.: Die Alternative, a. a. O., S. 550, Fußnote.

<sup>863</sup> Bahro thematisierte bereits die mangelnde Versammlungsfreiheit als größtes Hemmnis der Revolution und appellierte an entschlossene Exzentriker, ein Kommunikationsnetz aufzubauen und auch die westlichen Medien für grundsätzliche Kritik am Staate offensiv zu nutzen. – Bahro, Rudolf: Die Alternative, a. a. O., S. 410 f.: *„Da keine öffentlichen Räume verfügbar sein werden, müssen also zunächst die Wohnungen als Versammlungslokale dienen. Die Politbürokratie wird zweifellos mehr als eine Methode der Unterdrückung dagegen probieren. Aber die Umstände werden ihr nicht erlauben, zu den äußersten Mitteln zu greifen. Sobald sie auf den Entschluß einer auch nur kleinen Gruppe von Menschen trifft, eher auf Familienleben, Wohlstand und Wohlgeleitensein als auf einen übergeordneten Daseinszweck zu verzichten, muß ihre ganze Abwehrmaschinerie kläglich versagen. Die Opposition wird sich diesem Goliath als unbesiegbare Hydra erweisen, der immer drei Köpfe nachwachsen, wo es ihr einen ins Gefängnis oder außer Landes verschlagen hat. [...] Noch hat der Apparat einigen Erfolg mit seiner erprobten Taktik, jeder grundsätzlichen Kritik die öffentlich Artikulation in der eigenen Gesellschaft unmöglich zu machen und zugleich ihr Lautwerden außerhalb der ideologischen Bannmeile als Beweis ihres Außenstehens auszugeben. [...] Die Opposition soll die Alternative haben, entweder zu schweigen – und das heißt politisch inexistent zu sein – oder »dem Feind zu dienen«. [...] Es ist außerordentlich wichtig, alle Möglichkeiten der Kommunikation im eigenen Lande zu nutzen und möglichst ein eigenes Netz dafür aufzubauen. Aber man darf sich auch nicht scheuen, im politischen Kampf die Technik des anderen Machtblocks zu gebrauchen. Wem gehörte der plombierte Waggon, der Lenin aus der Schweiz nach Rußland brachte?“* Ebenda, S. 412: *„Der Parteiapparat kann sich nicht halten, denn er steht seinem Wesen als starre Pyramide nach still, während die denkenden Elemente, von den Widersprüchen des Lebens angetrieben, dahin tendieren, immer »ex-zentrischere« Positionen einzunehmen. Das bedeutet zunächst Zerstreuung, aber nur solange es keinen Sammelpunkt gibt, auf den sie sich orientieren können. [...] Die Funktion des Katalysators kann vorläufig hinreichend effektiv von einer entschiedenen Minderheit ausgefüllt werden.“* – Soviel zu den vielleicht wirkungsmächtigsten Passagen in Bahros Werk.

Gruppen. Inwiefern diese politische Ausrichtung ernst gemeint oder nur taktischem Kalkül geschuldet war, sei – in dubio pro Pollack – einstweilen dahingestellt.

Für Leipzig lässt sich sagen, dass der Reformsozialismus Mitte der 80er Jahre kein Thema war, das noch diskutiert worden wäre. Selbstverständlich wurden Forderungen nach Reformen erhoben und unterstützt, doch im Bewusstsein, dass jeder Erfolg in dieser Richtung zugleich einen Schritt auf dem Wege in die bürgerliche Demokratie darstellen müsse. Welchen Sinn hätte z. B. die Forderung nach Verwaltungsgerichten im Sozialismus, wenn man nicht auch die bürgerlich-liberale Gewaltenteilung, also auch die repräsentative Demokratie, erreichen wollte? Wie ließen sich Presse- und Meinungsfreiheit ohne Parteienpluralismus vorstellen? Gleichwohl musste die prinzipielle Staatsfeindlichkeit schon aus Gründen des Selbstschutzes bestritten werden, aber natürlich hatte der einstige politische Feind in seiner Analyse recht, es auch seinerseits mit echten Feinden und nicht nur mit inkonsequent denkenden Sozialismus-Verbesserern zu tun zu haben. In diesem Punkt erwiesen sich die einstigen DDR-Sicherheitsorgane klarsichtiger als der Soziologe Pollack heute.

Bleibt zu klären, wie sich die ohnehin inhomogene DDR-Opposition zum Erhalt der „DDR“ positionierte.

Der von den drei Leipziger Gruppen *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und *Arbeitsgruppe Umweltschutz* verfasste und unterzeichnete Appell zur Gewaltlosigkeit wurde in bis dahin nie erreichter Massenaufgabe illegal gedruckt, zum Friedensgebet am 9. Oktober 1989 in den Kirchen verlesen und an die Demonstranten verteilt. Im Text ist zu lesen: „*An die Einsatzkräfte appellieren wir: Enthaltet Euch der Gewalt, reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt!*“

Danach folgt optisch abgesetzt und deutlich herausgehoben: „*Wir sind ein Volk!*“<sup>864</sup> Der Text schließt mit der Feststellung, dass Partei und Regierung für die entstandene Situation verantwortlich gemacht werden müssen. Einige Gruppenmitglieder befürworteten die Taktik, mochten sich aber nur ungern mit den Einsatzkräften gemein machen. Z. B. Rainer Müller und Frank Richter konnten den hervorgehobenen Satz im Textentwurf von Thomas Rudolph nur der Intention wegen mittragen, der Satz möge des Kontextes enthoben und zum Stichwort für die Forderung nach Vereinigung mit der Bundesrepublik werden.

Von den Mitwirkenden der *Initiative Frieden und Menschenrechte* in Leipzig wurde der von Schriftstellern und Intellektuellen in Berlin formulierte *Aufruf „Für unser Land“* nie unterzeichnet.

---

<sup>864</sup> Siehe z. B. „*Appell*“ in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Oktober 1989 (dpa/ AP) [Der „*Appell*“ ist im Anschluss im 2. ergänzenden Anhang zum Text in dieser Datei, Seite D, wiedergegeben.]

Und auch in den anderen Organisationen der Bürgerrechtsbewegung überwog deutlich die Kritik. Letztlich gab es eher Differenzen bezüglich des präferierten Zeitpunktes oder der gewünschten Weise der staatlichen Einheit als um diese selbst.

Oppositionelle mussten keinen „*Dritten Weg*“ beschreiten wollen, um sich zur staatlichen Vereinigung zögerlich zu verhalten. Die Enteignung der SED/PDS war nicht vollbracht. Wolfgang Schäuble hatte sich schon im Februar 1990 öffentlich für eine Amnestie von dereinst in der DDR inhaftierten Partei- und Staatsfunktionären ausgesprochen. Dies schenkte die Ahnung, eine zu schnelle staatliche Einheit könne angemessene Strafmaße eher verhindern.

Für die drei genannten Gruppen, aber auch für die *Initiativgruppe Leben* und andere, ebenso für Teile des *Neuen Forum* in Leipzig, gilt, was Thomas Rudolph 1990 zur *Initiative Frieden und Menschenrechte* erklärte: „*Die Initiative ist angetreten, die SED zu stürzen, auch wenn sie es am Anfang nicht so gesagt hat.*“<sup>865</sup>

### **VIII. Zum Austausch zwischen Ausreise-Bewegung und subversiven Gruppen in Leipzig**

Bisweilen wird in der Literatur zu 1989 ein Interessengegensatz zwischen sesshafter DDR-Opposition und Ausreisebewegung betont als seien sie gleich den Nesthockern und Nestflüchtern zwei Arten Oppositionelle. Es sei nicht bestritten, dass es auch dergleichen Erscheinungen gegeben hat, doch verbietet sich die Verallgemeinerung schon deshalb, weil die Übergänge fließend sind.

Pollack fragt sich angesichts der Opposition z. B.: „*Wie konnten diese Gruppen entstehen? Was motivierte sie angesichts fortdauernder Erfolglosigkeit zum Weitermachen?*“ Offenbar vermag er sich nicht vorzustellen, dass in einigen Gruppen die basiale Motivation sich aus schierer Lebensfreude speiste. Heroisch gegen eine allzu biedere Diktatur anzuleben, sich als Individuum wider die geforderte dumpfe Gleichförmigkeit zu behaupten, bietet durchaus Freuden, die staatliche Auszeichnungen nicht aufwiegen können. Nonkonformität und Widerstand können mehr Spaß machen als straff geschulten Geistes den Alltag eines braven DDR-Bürgers abzuleben. Sich angesichts eines übermächtigen Feindes klug behaupten, kann freien Geistern Herausforderung sein.

Zwischen sesshafter DDR-Opposition und Ausreisebewegung konnte der Einzelne wechseln und so manche und so mancher zum Bleiben Entschlossene hielt sich noch die Option offen, wenn der Sozialismus so bald nicht zu beseitigen sei, doch noch einstmals Paris sehen zu wollen. Andere erhoben den Anspruch, sich die Entlassung in die Demokratie wenigstens durch eine subversive Aktion redlich verdient haben zu wollen.

---

<sup>865</sup> Findeis, Hagen/ Pollack, Detlef/ Schilling, Manuel: Die Entzauberung des Politischen, a. a. O., S. 195.



Die DDR-Opposition war keine Bekenntnisgemeinschaft und wo konnte man Akzeptanz für diverse Lebensstile finden, wenn nicht in ihr?

Pollack erwog 1997, „die führende Rolle Leipzigs hat möglicherweise etwas mit einer andersartigen Vernetzung der ansonsten getrennt agierenden Gruppen zu tun. In Leipzig wurden die Antragsteller auf ständige Ausreise von den kirchlichen Gruppen stärker in ihre eigenen Aktivitäten integriert, als das etwa in Berlin der Fall war, so daß in Leipzig die beiden wirksamsten Protestpotentiale in der DDR-Gesellschaft – die Ausreiser und die Oppositionsgruppen – nicht voneinander getrennt agierten, sondern relativ eng miteinander verbunden waren.“<sup>866</sup>

In einer Fußnote ergänzt Pollack: „Während die alternativen Gruppierungen in Berlin, insbesondere nach den Erfahrungen im Zusammenhang mit der Ausreise führender Oppositioneller nach der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration 1988, die Ausreisewilligen eher ausgrenzten, bemühte man sich in Leipzig mehr um eine Integration der Antragsteller auf Ausreise. So gab es im »Arbeitskreis Gerechtigkeit« eine eigene Arbeitsgruppe, die sich um Ausreisewillige kümmerte. Auch die Initiativgruppe Leben bezog Antragsteller in ihre Arbeit mit ein. Das Anliegen, die Ausreisewilligen zu integrieren, wurde auch von einigen Pfarrern in Leipzig unterstützt, insbesondere von Klaus Kaden, der einen »Bibelkreis« für Ausreisewillige beim Stadtjugend[pfarr]amt eingerichtet hatte, von Matthias Berger, der die Ausreisewilligen rechtlich beriet, und von Christian Führer, der zum Beispiel am 19. Februar 1988 einen stark besuchten Gemeindeabend für Ausreisewillige veranstaltete.“<sup>867</sup> – Pollack, kommt mit Einschränkungen in diesen Feststellungen dem nahe, was die Effektivität der Leipziger Gruppen – und allen voran des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* – ausmachte. Es ging allerdings nicht vordringlich um Integration, sondern zur Erklärung bietet sich die Austausch-Theorie an.

Der kleinste gemeinsame Nenner für die Mitwirkung in den subversiven Gruppen Leipzigs war die Gegnerschaft zu den politischen Verhältnissen in der DDR. Demgemäß kam auch keine moralistische Wertung der Ausreiseantragsteller auf. Anfangs überwog in der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* der Anteil der zur Ausreise Gewillten, weshalb es sich verbot, das Thema öffentlich zu präferieren, ehe ein kontinuierlicher Bestand der Gruppe gesichert gewesen wäre. Im *Arbeitskreis Gerechtigkeit* bildeten die Ausreise-Antragsteller bald einen eigenen thematischen Arbeitskreis. – Ein Geniestreich!

Ausreiseantragsteller wurden in Leipzig als ein Potential erkannt, das risikobereit war und „nichts mehr als seine Ketten zu verlieren“ hatte.

---

<sup>866</sup> Pollack, Detlef: Bedingungen der Möglichkeit politischen Protestes in der DDR, a. a. O., S. 320 f.

<sup>867</sup> Ebenda, S. 321, Fußnote 28.

Das Menschenrecht auf Freizügigkeit wurde thematisiert. Ausreisewillige erhielten Informationen, wie sie ihren Antrag stellen konnten etc.

Ausreise-Antragsteller und subversive Gruppen wirkten zum gegenseitigen Vorteil im Austausch zusammen:

Ausreiseantragsteller will politisch auffallen und weg, bietet Risikobereitschaft, sucht organisatorischen Rahmen mit Pressearbeit an westliche Medien für den Fall der Inhaftierung. – *Arbeitskreis Gerechtigkeit* sucht Risikobereite für öffentlichkeitswirksame subversive Aktion, bietet Planung und Pressebegleitung. – So erhöhte sich die subversive Wirksamkeit der Gruppe und für die Ausreisewilligen die Wahrscheinlichkeit, durch Engagement ihr Ziel vergleichsweise schnell erreichen zu können.

Das 1982 eingeführte Friedensgebet wurde 1986 unter Verantwortung von Pfarrer Christoph Wonneberger gestellt, fand an zentralem Ort jeden Montag in der Nikolaikirche statt. Es wurde im Wechsel von den Leipziger Gruppen gestaltet und gegen den Widerstand von Staat und Kirchenleitung, so vor allem gegen die Verbotsversuche von Superintendent Friedrich Magirus, als eine verlässliche staatskritische Institution behauptet. Diese zentrale regelmäßige Zusammenkunft wurde zum Ausgangspunkt der Leipziger Montagsdemonstrationen.

## **IX. Weder Wunder noch Zufall**

Wer die Nacht des Sozialismus zu erhellen sich nicht scheut, könnte des aufklärenden Lichtes fündig werden, das sich in ihr – gleichviel ob aus Verzweiflung oder Lust, ob aus schierer Ausweglosigkeit oder aus überschwenglich-verwegenen Gefühle der Selbstermächtigung wider das Gewohnt-Gewöhnliche – entzündet hatte, um die dereinst herrschenden Gespenster zu schrecken.

Ein Blick in die Archive der Bürgerrechtsbewegung kann von mancher Spekulation entraten. Auch für Forscher, die um Erkenntnisgewinn ringen, gilt: Per aspera ad astra! – Auf rauhen Wegen zu den Sternen!

## Ergänzende Anhänge zum Text in vorliegender Datei

### 1. Ergänzung zu Abschnitt VIII: Belege zum Austausch zwischen Ausreise-Bewegung und subversiven Gruppen in Leipzig

Zur Ergänzung des 2002 verfassten Textes sei die Lektüre der 2002 in Leipzig veranstalteten und 2003 dokumentierten Podiumsdiskussion mit Karl-Heinz Baum, Katrin Hattenhauer, Roland Jahn, Günter Jeschonnek, Fred Kowasch, Reinhard Schult, Uwe Schwabe und Wolfgang Templin sowie des einleitenden Referates von Günter Jeschonnek „Ausreise – die SED-Diktatur in der Zwangslage“ empfohlen.

Eindrückliche Belege für die Theorie vom Austausch zum gegenseitigen Vorteil zwischen Ausreise-Bewegung und subversiven Gruppen in Leipzig bieten besonders die Berichte von Katrin Hattenhauer und Fred Kowasch.

Katrin Hattenhauer (geb. 1968, 1988 Beginn des Studiums am Theologischen Seminar Leipzig, 1989 Ausscheiden aufgrund staatlichen Drucks, Mitglied im Arbeitskreis Gerechtigkeit, 11. September bis 13. Oktober 1989 Untersuchungshaft, Künstlerin)<sup>1</sup>:

*„[...] Die Ausreiser haben sich ihre persönliche Freiheit zurückgeholt – und damit ganz privat diesem Staat widerstanden. Und »privater« Widerstand ist schon mal besser als keiner. Sie sind keine Verräter. Sie sind aber auch keine Oppositionellen. Zu einem Oppositionellen gehört der Vorsatz zu Taten, die nicht nur das persönliche Leben verändern beziehungsweise verbessern, sondern das der Gemeinschaft, nicht nur die eigene Freiheit erlangen zu wollen, sondern Freiheit für alle. Zwischen privatem und öffentlichem Engagement besteht ein Qualitätsunterschied, und den darf man auch bewerten.*

*Für Leipzig darf man sagen: Einige Gruppen, auch wir, haben mit den Ausreisern zusammengearbeitet, sie sogar regelrecht »genutzt« (Fußnote 20: In der Podiumsdiskussion benutzte Katrin Hattenhauer den Begriff »verheizt« und korrigierte diesen bei der Durchsicht der Verschriftung in »genutzt«. [...]). Manche ließen sich für Aufgaben einsetzen, die wir selbst nicht machen konnten beziehungsweise wollten. Für die Ausreiser war das ein Risiko – aber eben auch eine notwendige, bittere Treppenstufe auf dem dadurch beschleunigten Weg nach draußen. Das heißt, wenn wir in der Gruppe oder oft auch nur mit einem Teil dieser Gruppe beschlossen hatten, einer von uns hängt in Jena Plakate auf, während Ceausescu kommt, dann hieß das nicht, dass wir die Plakate selber aufhängen, sondern dass wir jemanden finden, der sie für uns aufhängt. Und ich wusste, wen ich*

---

<sup>1</sup> Zur Biographie siehe: Schwabe, Uwe/ Eckert, Rainer (Hrsg. im Auftrag des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V.): Von Deutschland Ost nach Deutschland West. Oppositionelle oder Verräter? Haben die Ausreisewilligen der 80er Jahre den Prozess der friedlichen Revolution und das Ende der DDR eher beschleunigt oder gefährdet? Forum Verlag Leipzig, Leipzig, 2003, S. 109 f.

zu finden hatte: einen Ausreisewilligen, der bereit war, mit mir zusammenzuarbeiten und dafür einen Deal bekam, nämlich für ihn beschleunigte sich der Weg nach draußen. Insofern unterstützten die Ausreiser unsere Arbeit. Nur die Beweggründe waren andere. [...]“<sup>2</sup>

Ein Vergleich mit der Tonaufnahme zeigt, dass hier – wohl infolge der Korrektur der saloppen Formulierung – die Verschriftung stark vom gesprochenen Wort abweicht. Eingedenk der bereits zitierten Fußnote, die auf das missverständlich-lockere Wort hingewiesen hat, soll der Text nun entlang des Originaltones wiedergegeben werden. Er charakterisiert die Situation klarer:

Zur Bedeutung der Ausreise-Willigen erklärt Katrin Hattenhauer, sie seien „[...] weder Oppositionelle noch Verräter, sondern [haben] ganz persönlich Widerstand geleistet. Und Natürlich haben wir als Oppositionsgruppen uns die auch zunutze gemacht. Also wir haben sie sozusagen – wenn man das ganz hart sieht, und darüber haben wir auch gesprochen, so ganz offen, wie ich das jetzt sage – wir haben sie »verheizt« für Aufgaben, die wir selber nicht machen wollten. Das heißt, wenn unser »Chef« [3] von der Gruppe Gerechtigkeit mich losgeschickt hat und gesagt hat: »Du hängst in Jena Plakate auf, währenddessen Ceausescu kommt«, dann sagte er: »Wenn ich sage, du hängst die auf, dann meine ich natürlich nicht, dass du die aufhängst, sondern dass du jemanden findest, der sie aufhängt.« Und ich wusste, wen ich zu finden hatte. Das heißt: einen Ausreisewilligen, der bereit war, mit mir zusammen zu arbeiten und dafür einen [...] bekam, der [...] Und ich musste mir die Finger nicht schmutzig machen. Und insofern unterstützte er mich schon, das muss man mal ganz deutlich sagen.“<sup>4</sup>

Fred Kowasch (geb. 1965, 1988/ 89 Mitglied der *Initiativgruppe Leben*, Redner auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Leipzig mit anschließender Inhaftierung, Ausreise nach West-Berlin im März 1989, Unterstützung der DDR-Opposition durch Berichte, Journalist und Redakteur für verschiedene Politmagazine)<sup>5</sup>:

„Ich kann dem ja eigentlich auch nur zustimmen. Und ich muss auch einfach mal so sagen, da gab es Riesenunterschiede zwischen Berlin und Leipzig.“<sup>6</sup>

<sup>2</sup> Ebenda, S. 30 (Fußnote 20: S. 73).

<sup>3</sup> Gemeint ist einer der Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, in diesem Falle Thomas Rudolph. Die konspirative Struktur dieses Arbeitskreises wurde von gewählten Sprechern geleitet und koordiniert.

<sup>4</sup> Verschriftung anhand der Tonaufnahme. Auslassungen im Text sind akustischer Undeutlichkeit geschuldet.

<sup>5</sup> Zur Biographie siehe: Schwabe, U./ Eckert, R. (Hrsg.): *Von Deutschland Ost ...*, a. a. O., S. 111 f.

<sup>6</sup> Verschriftung anhand der Tonaufnahme. Die Übertragung in der Dokumentation ist leider sinnwidrig: Der dort angegebene Satz Fred Kowaschs („Ich kann Ihnen nur zustimmen.“) muss im Kontext fälschlich auf die verwunderte Bemerkung von Karl-Heinz Baum bezogen werden. Baum bemerkt nach Katrin Hattenhauers Bericht: „Mich hat das ein bisschen überrascht, dass die Ausreiseleute als billige Opfer bezeichnet werden. Ich habe auch meine Zweifel, ob das so funktioniert hat.“ – Die Tonaufnahme dokumentiert hingegen, dass Fred Kowasch die vorausgegangene Erklärung Katrin Hattenhauers ausdrücklich bestätigt, wie gleichfalls aus dem folgenden Text hervorgeht. – Vgl. Schwabe, Uwe/ Eckert, Rainer (Hrsg.): *Von Deutschland Ost nach*

*„[...] Es gab Riesenunterschiede zwischen Berlin und Leipzig, und gerade diese Symbiose von Ausreisewilligen und Oppositionellen hat Leipzig so stark gemacht und vorangebracht. O. k., wir waren auch eine andere Generation, wesentlich jünger, kannten uns zum Teil aus der Friedens- und Umweltbewegung seit Anfang 1980. Es war einfach in Leipzig kleiner, familiärer, die Kreise nicht so verfeindet, wie ich es aus Berlin gehört habe, und die Leute, die ausreisen wollten, hatten auch eine gewisse Tradition, auch innerhalb der einzelnen Bewegungen, Umwelt-, Friedens-, dann Menschenrechtsbewegungen. Und das ist dann bei den Hierbleibern auch akzeptiert worden. Die Folge war, dass ich mir dann gesagt habe: »Ich habe mich genug engagiert, jetzt möchte ich verdammt noch mal mein Studium machen.« Und ich sah auch keinerlei Chancen mehr, die DDR groß verändern zu können. Es schloss sich für mich aber nicht aus, weiterhin aktiv zu sein, den Knast zu riskieren, das war auch ein Teil meines Lebens, das ich, im Gegensatz vielleicht zu vielen anderen, auch versucht habe fortzusetzen. Es gab in Berlin über die Leipziger Gruppe den Begriff »Himmelfahrtskommando«. Uns war es egal, was passiert. Unser Ziel war, die Straße zu besetzen, Aktion zu machen, aus der Kirche herauszutreten. Wir wussten um das »Gebraucht-worden-sein für die Aktion«, aber das hat uns keine Probleme bereitet. Das war nicht so ein krasser Unterschied wie in Berlin, das war auch nicht der Inhalt der Diskussionen, die gab es in dem Maße nicht; [...]“<sup>7</sup>*

Abschließend soll aus dieser Podiumsdiskussion nochmals Fred Kowasch zu Wort kommen. Er hat prägnant die eigene Motivation wie den Unterschied zwischen der Mehrheit der Berliner und der Leipziger Gruppen herausgestellt:

*„[...] Uns ging es konkret darum, einfach unsere Meinung sagen zu dürfen, mit einem Abitur von 1,1 studieren zu können und auch nicht zur Armee gehen zu müssen, wenn ich es nicht einsehe, mir diesen Drill auferlegen zu müssen. Auch der Soziale Friedensdienst [...] war ein ganz starkes Thema. Für uns war es sehr wichtig, dass wir so viele wie möglich werden, die auf der Straße herumlaufen und den Leuten auf die Nerven gehen. [...]“*

*Die Antragsteller waren ausschlaggebend, denn, wenn es sie nicht gegeben hätte, wären nie diese Dutzende, Hunderte, dann Tausende auf die Straße gegangen. Und ihr habt euch in Berlin selbst ein Bein gestellt, indem ihr diese Leute ausgegrenzt habt.“<sup>8</sup>*

---

Deutschland West, a. a. O., S. 32.

<sup>7</sup> Schwabe, Uwe/ Eckert, Rainer (Hrsg.): Von Deutschland Ost nach Deutschland West, a. a. O., S. 32.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 50 f.

## 2. Dokumentation des Appells zum 9. Oktober 1989:

### Appell

In den letzten Wochen ist es mehrfach und in verschiedenen Städten der DDR zu Demonstrationen gekommen, die in Gewalt mündeten: Pflastersteinwürfe, zerschlagene Scheiben, ausgebrannte Autos, Gummiknüppel- und Wasserwerfereinsatz.

Es gab eine unbekannte Zahl Verletzter, von Toten ist die Rede.

Auch der letzte Montag in Leipzig endete mit Gewalt.

Wir haben Angst. Angst um uns selbst, Angst um unsere Freunde, um den Menschen neben uns und Angst um den, der uns da in Uniform gegenübersteht. Wir haben Angst um die Zukunft unseres Landes. Gewalt schafft immer nur Gewalt. Gewalt löst keine Probleme. Gewalt ist unmenschlich. Gewalt kann nicht das Zeichen einer neuen, besseren Gesellschaft sein.

Wir bitten alle:

- Enthaltet Euch jeder Gewalt!
- Durchbrecht keine Polizeiketten, haltet Abstand zu Absperrungen!
- Greift keine Personen oder Fahrzeuge an!
- Entwendet keine Kleidungs- und Ausrüstungsgegenstände der Einsatzkräfte!
- Werft keine Gegenstände und enthaltet Euch gewalttätiger Parolen!
- Seid solidarisch und unterbindet Provokationen!
- Greift zu friedlichen und phantasievollen Formen des Protestes!

An die Einsatzkräfte appellieren wir:

- Enthaltet Euch der Gewalt!
- Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt!

W i r s i n d e i n V o l k !  
Gewalt unter uns hinterläßt ewig blutende Wunden!

Partei und Regierung müssen vor allem für die entstandene ernste Situation verantwortlich gemacht werden. Aber heute ist es an uns, eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern. Davon hängt unsere Zukunft ab!

Leipzig, den 9. Oktober 1989

Arbeitskreis Gerechtigkeit  
Arbeitsgruppe Menschenrechte  
Arbeitsgruppe Umweltschutz

Innerkirchlich! LV: 10/ 89/ 3/ 3

**Erstabdruck: tageszeitung (taz) Berlin, Nr. 2931 vom 9. Oktober 1989, S. 3** (weitere West-Medien folgten, z. B. am 11. Oktober 1989 die Süddeutsche Zeitung).

Die Buchstaben des Satzes „W i r s i n d e i n V o l k !“ sowie im Wort „h e u t e“ sind in der Schreibmaschinenschrift auf dem Flugblatt durch eingefügte Leerzeichen gesperrt hervorgehoben.

Das Flugblatt ist mit einer sogenannten „kirchlichen Drucknummer“ versehen, mithin als „Innerkirchlich!“ ausgewiesen. Dies mag heute angesichts des Inhaltes, der Intention wie der Verbreitung des Textes absurd anmuten. Da aber jede vom DDR-Staat nicht genehmigte Vervielfältigung und öffentliche Verbreitung von Texten strafrechtlich verfolgt werden konnte, verlieh dieser Hinweis dem Flugblatt zumindest bei Verteilung innerhalb der Kirchen einen Hauch Legalität. In den Kirchen im Stadtzentrum Leipzigs wurde der Text am 9. Oktober 1989 auch verlesen.

Vgl. auch Bahrmann, Hannes/ Links, Christoph: Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989 – Eine Chronik, Aufbau/ Peter Hammer, Weimar/ Wuppertal, 1990, S. 16 ff.; Zimmerling, Zeno und Sabine: Neue Chronik DDR. 1. Folge: 7. August – 18. Oktober 1989, Tribüne, Berlin, 1990, S. 91 ff.

### 3. Literatur

- Amalrik, Andrej A[lexejewitsch]: Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? [Erstausgabe in Russisch bei der Alexander-Herzen-Stiftung Amsterdam. Deutsch v. Bernd Nielsen-Stokkeby] Diogenes, Zürich, 1970.
- Arbeitsgruppe Menschenrechte/ Arbeitskreis Gerechtigkeit (Hrsg.): Die Mücke. Dokumentation der Ereignisse in Leipzig, DDR-Samisdat, Leipzig, März 1989.  
[Nachdruck von Vorwort und Chronik als „Leipziger Chronik“ in 2 Teilen im: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 6, April 1989, S. 8–11 und Nr. 7, Juni 1989, S. 7–10.  
Fortsetzung vom 23. Februar bis zum 29. Mai 1989 von Kathrin Walther und Thomas Rudolph zusammengestellt und im Westen von Frank Wolfgang Sonntag veröffentlicht als Teil 3 der „Leipziger Chronik“ in: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 8/ 9, Oktober 1989, S. 14 f.]
- Arbeitskreis Gerechtigkeit, Arbeitsgruppe Menschenrechte und Arbeitsgruppe Umweltschutz: „Appell“, in: tageszeitung (taz) Berlin, Nr. 2931, 9. Oktober 1989, S. 3 [mit geringen Textabweichungen]; Süddeutsche Zeitung vom 11. Oktober 1989 (dpa/ AP).
- Bahr, Eckhard: Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden. Hrsg. mit Unterstützung der „Gruppe der 20“, mit dem „Abschlußbericht der Unabhängigen Untersuchungskommission an die Stadtverordnetenversammlung Dresden“ (S. 153–177), Forum Verlag Leipzig, 1990.
- Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, (Mit einem „Nachwort 1989/ 90“, S. 545–559) Verlag Tribüne, Berlin, 1990 [Erstausgabe: Bund-Verlag, Köln, 1979].
- Bahrmann, Hannes/ Links, Christoph: Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989 – Eine Chronik, Aufbau/ Peter Hammer, Weimar/ Wuppertal, 1990.
- Bernhof, Reinhard: Die Leipziger Protokolle. projekte verlag, Halle, 2004.
- Bettelheim, Charles/ Mészáros, István/ Rossanda, Rossana u. a.: Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften [Kongreß an der Universität Venedig 11.–13. November 1977]. Suhrkamp [es 962], Frankfurt am Main, [Rom 1978] dt. Erstausgabe 1979.
- Canetti, Elias: Masse und Macht [1960]. Claassen Verlag, Berlin, Neuausgabe 1978.
- Charta 77: „Das Manifest »Charta 77«“, in: Pelikán, Jiri/ Wilke, Manfred (Hrsg.): Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1977, S. 221–225.
- Dietrich, Christian/ Schwabe, Uwe (Hrsg. im Auftrag des „Archiv Bürgerbewegung e.V.“): Freunde und Feinde. Dokumente zu den Friedensgebeten in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig, 1994.
- Eckert, Rainer: „Sozialismusvorstellungen im Herbst 1989: Opposition und SED-interne Kritiker“, in: HORCH UND GUCK. Heft 24 (3/ 1998), Hrsg. v. Bürgerkomitee »15. Januar« e.V., S. 25–32.
- Elsenhans, Hartmut: „Aufstieg und Niedergang des realen Sozialismus. Einige politökonomische Anmerkungen“, in: COMPARATIV – Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung. Heft 1 (1998), 8. Jg., Universitätsverlag Leipzig, S. 122–132.
- Elsenhans, Hartmut: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Campus, Frankfurt am Main, 1981 bzw. ders.: State, Class and Development. New Delhi/ London, 1996.
- Findeis, Hagen/ Pollack, Detlef/ Schilling, Manuel: Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interviews mit ehemals führenden Vertretern, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig, 1994.
- Gutzeit, Martin: „Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der »Opposition« im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR“, in: Euchner, Walter (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, 1993, S. 84–114.
- IFM-Archiv Sachsen e.V. (Hrsg.): Leipziger Menschenrechtsgruppen 1989 – Heute vor 10 Jahren. Blätter 1 bis 9, Leipzig, 2. und korr. Auflage 1999.  
[Blatt 1: 15. Januar 1989 – Der Protest zieht in die Provinz.]

- Blatt 2: 13. März 1989 – Gewachsenes Selbstbewußtsein.  
 Blatt 3: 7. Mai 1989 – Die Proteste häufen sich.  
 Blatt 4: 4. und 10. Juni 1989 – Die Gangart wird schärfer.  
 Blatt 5: 9. Juli 1989 – Die Machthaber und die Menschenrechte.  
 Blatt 6: 4. September 1989 – Der Ostblock bröckelt und die Opposition wächst.  
 Blatt 7: 25. September 1989 – Die Machtfrage wird gestellt.  
 Blatt 8: 2. Oktober 1989 – Die Lage spitzt sich zu.  
 Blatt 9: 9. Oktober – Tag der Entscheidung.]

Meckel, Markus/ Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Kommentierte Quellentexte, Vorwort von Hermann Weber, Bund-Verlag, Köln, 1994.

Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteierrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Suhrkamp, Frankfurt a. Main, 1992.

Mitter, Armin/ Wolle, Stefan (Hrsg.): »Ich liebe euch doch alle...« Befehle u. Lageberichte des Ministeriums für Staatssicherheit Januar–November 1989, Basisdruck, Berlin, 1990.

Klein, Michael: „Soziologe Opp bläst Wortmusikern des Fachs den Marsch“, in: Leipziger Volkszeitung (LVZ), Leipzig, 19. März 1999.

Kötter, Rudolf: „Voraussicht und Vorsicht. Zu Möglichkeiten und Grenzen der Prognostik“, in: Aufklärung und Kritik. Heft 2 (1995), Hrsg. Gesellschaft für kritische Philosophie (GKP) Nürnberg, S. 90–104.

Opp, Karl-Dieter: Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in Probleme ihrer Theoriebildung, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1970.

Opp, Karl-Dieter: „Wie erklärt man die Revolution in der DDR?“, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Heft 1 (1992), 5. Jg., S. 16–23.

Opp, Karl-Dieter/ Voß, Peter/ Mitarbeit von Christiane Gern: Die volkseigene Revolution. Klett–Cotta, Stuttgart, 1993.

Opp, Karl-Dieter: „DDR `89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution“, in: Joas, Hans/ Kohli, Martin (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1993, S. 194–221.

Pollack, Detlef: „Bedingungen der Möglichkeit politischen Protestes in der DDR. Der Volksaufstand von 1953 und die Massendemonstrationen 1989 im Vergleich“, in: Pollack, Detlef/ Rink, Dieter (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989. Campus, Frankfurt am Main/ New York, 1997, S. 303–331.

Pollack, Detlef/ Rink, Dieter (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989. Campus, Frankfurt am Main/ New York, 1997.

Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Leske+Budrich, Opladen, 2000.

Schwabe, Uwe/ Eckert, Rainer (Hg. im Auftrag des „Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V.“): Von Deutschland Ost nach Deutschland West. Oppositionelle oder Verräter? Haben die Ausreisewilligen der 80er Jahre den Prozess der friedlichen Revolution und das Ende der DDR eher beschleunigt oder gefährdet? [Podiumsdiskussion mit Karl-Heinz Baum, Katrin Hattenhauer, Roland Jahn, Günter Jeschonnek, Fred Kowasch, Reinhard Schult, Uwe Schwabe und Wolfgang Templin] Forum Verlag Leipzig, 2003.

Voltaire: Abbé Beichtkind Cartesianer. Philosophisches Wörterbuch, Reclam, Leipzig, 1984.

Wittfogel, Karl August: Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Kiepenheuer & Witsch, Köln/ Berlin, 1962.

Wittfogel, Karl August: Wirtschaft und Gesellschaft Chinas. Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt am Main, Bd. 3, Hirschfeld, Leipzig, 1930.

Zimmerling, Zeno und Sabine: Neue Chronik DDR. 1. Folge: 7. 8.– 18. 10. 1989, Tribüne, Berlin, 1990.

Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, 2. Aufl. 1993.